

Molitor, Bruno

Article — Digitized Version

Ärgernis in der Marktwirtschaft

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Molitor, Bruno (1984) : Ärgernis in der Marktwirtschaft, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 64, Iss. 3, pp. 117-121

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135898>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

SUBVENTIONEN

Ärgernis in der Marktwirtschaft

Bruno Molitor, Würzburg

Kürzlich hat die Bundesregierung beschlossen, 1,5 Mrd. DM für die Entwicklung des Airbus A 320 zur Verfügung zu stellen. Nun sind Subventionen in (fast) jeder Form ein Ärgernis in der Marktwirtschaft, wie Professor Bruno Molitor darlegt. Wie die Verhältnisse in der Luft- und Raumfahrtindustrie aussehen, analysiert im Anschluß Dr. Manfred Weilepp.

Die amtierende Bundesregierung trat mit dem Versprechen an, endlich den Subventionsdschungel auszuforsten. Aber beim ersten praktischen Anlauf, dem Haushaltsplan 1984, beschränkt sich die Subventionskürzung auf magere 500 Mill. DM, also auf nicht mehr als 1 % des Gesamtvolumens beim Bund. Natürlich hört man die obligate Beschwichtigung, die ungünstige gesamtwirtschaftliche Lage sei ein schlechter Ausgangspunkt für einen erfolgreichen Abbau. Aber das Argument verfängt nicht. Abgesehen davon, daß es noch immer die guten Haushaltszeiten waren, in denen Subventionen nicht nur nicht zurückgenommen wurden, sondern gerade umgekehrt am schlimmsten hinsichtlich ihrer Ausweitung gesündigt wurde, müßte noch bewiesen werden, daß die großen Blöcke des alten Subventionsbestandes sich am Beschäftigungsziel orientierten und daher ihre Senkung zur Zeit nicht ratsam wäre. Man darf sich da nicht durch den allgemeinen Hinweis auf die günstigen Arbeitsmarktwirkungen dieser Ausgaben ins Bockshorn jagen lassen. So wird man schwerlich behaupten können, daß das meiste der Subventionen für die Bundesbahn und den Agrarsektor dem konjunkturellen Aufschwung diene.

Doch auch politisch hat das Argument von der schlechten zeitlichen Ausgangsbasis für einen umfassenden Abbau wenig Überzeugungskraft, denn wann sonst, wenn nicht in der Periode eines nach wie vor großen Haushaltsdefizits und einer entsprechenden zinssteigernden Neuverschuldung – allein die Zinszahlun-

gen dürften runde 30 Mrd. DM verschlingen – hätte die Regierung ein besseres taktisches Druckmittel in der Hand, um auch bisher Taube das Hören zu lehren. Selbst auf die Eisenbahnergewerkschaft und die Agrarverbände, so sollte man meinen, können doch permanent leere öffentliche Kassen schließlich ihren Eindruck nicht verfehlen. Gleichwohl bewegt sich hier noch wenig. Das ist unvernünftig; denn bei aller Liebe etwa zum Grünen – auch der Agrarsektor kann, was die Bekämpfung der Subventionitis betrifft, keine Bereichsausnahme bleiben.

Ordnungspolitische Bedenken

Es besteht also kein Grund, die Hände in den Schoß zu legen. Resignation war noch immer ein schlechter Berater. Dies gilt nirgendwo stärker als in der verhängnisvollen Subventionsangelegenheit: Läßt man nämlich hier den Politikern freie Hand, vergrößert sich erfahrungsgemäß das Übel immer mehr.

Und gesamtwirtschaftlich von Übel ist jede Subvention, mag sie auch manchmal als das kleinere Übel erscheinen. Dabei beschränke ich die Verwendung des Begriffes „Subvention“ auf die entgeltlose Übertragung öffentlicher Mittel an Unternehmen; monetäre Transfers an private Haushalte sind funktional etwas anderes. Warum sollte aber der Staat Unternehmen ohne Gegenleistung Steuermittel übertragen, wo es doch in der Marktwirtschaft gerade die Funktion des selbständigen Unternehmers ist, so zu produzieren, daß er nicht in die roten Zahlen gerät, und wenn das dennoch geschehen sollte, dann auch das Risiko zu tragen? Man kann schlecht die Gewinne privatisieren und die Verluste sozialisieren wollen. Das ist das gravierende ordnungspolitische Bedenken gegen Subventionen.

Prof. Dr. Bruno Molitor, 57, ist Ordinarius für Volkswirtschaftslehre und Leiter des Instituts für Verteilungs- und Sozialpolitik der Universität Würzburg.

Freilich ist zuzugeben, daß es nicht eben selten die Belastung mit öffentlichen Abgaben, gewissen arbeitsrechtlichen Fesseln und ungereimten Produktionsauflagen ist, die die Anpassungsfähigkeit der Unternehmen reduziert hat, und Marktschwankungen, die früher spielend bewältigt wurden, nunmehr in existenzgefährdende Dimensionen auflaufen lassen kann. Aber dann liegt die vernünftige Antwort nicht in Subventionen, sondern darin, diese fehlgeleiteten steuerpolitischen, sozialpolitischen und umweltpolitischen Maßnahmen allgemein zurückzunehmen. Es läßt sich ja nicht übersehen, daß die gegenwärtige hohe Steuerlastquote ihrerseits just auch auf die ausgiebigen und zeitlich unbegrenzten Subventionszusagen zurückzuführen ist, die die öffentliche Hand bislang bereits machte. Dieser Zirkel muß endlich durchbrochen werden. Es dürfte zur Krisenbewältigung wenig zweckdienlich sein, schlechtgehende Produktionen mit öffentlichen Mitteln zu subventionieren, die man anteilig den noch gut arbeitenden Unternehmen wegsteuert, und durch die geballte Belastung möglicherweise auch noch die gesunden Betriebseinheiten in den Strudel der Talfahrt zu ziehen.

Wettbewerbsverzerrungen

Hinzu kommt, daß jede Subvention den Wettbewerb zwischen den Anbietern verzerrt und auch insofern einen volkswirtschaftlichen Verlust bedeutet. Subventionen sind ja ein selektives und diskretionäres Instrument, das einzelne Unternehmen oder bestimmte Branchen heraushebt. Demgegenüber gehören zum Beispiel allgemeine Steuerermäßigungen, die im gegebenen Fall jeder Unternehmer in Anspruch nehmen kann, nicht in diese Kategorie. Der Verlust durch Wettbewerbsverzerrung ist um so empfindlicher, als mit Subventionen in aller Regel ebenfalls die Wirtschaftsstruktur getroffen wird. Große Unternehmen oder Branchen mit einem hohen Konzentrationsgrad haben bei den in der Politik herrschenden Mechanismen stets die besseren Aussichten, an den staatlichen Geschenketopf heranzukommen, während mittelständische Unternehmen oder Bereiche das Nachsehen haben. Das ist die wettbewerbs- und strukturverwerfende Wirkung von Subventionen, und dieser Negativeffekt verliert auch dadurch nicht an Gewicht, daß er sich nicht schlagartig, sondern gleichsam auf leisen Sohlen einstellt.

Auch das Argument, daß Subventionszahlungen marktwirtschaftlich immer noch besser seien als politische Preisfestsetzungen, gibt wenig her. Denn einmal ist das eine konstruierte Alternative, in die sich keine rationale Wirtschaftspolitik hineinbegeben wird. Zum anderen verfälschen auch Subventionen die Lenkungs-funktion der Preise: Die Abnehmer erwerben das Pro-

dukt – im Vergleich zu den wahren Kosten seiner Produktion – zu billig und werden in ihrem Nachfrageverhalten entsprechend fehlgesteuert.

Von Politikern werden allenfalls die Mitnahmeeffekte bei Subventionen beklagt. Diese Art Mißbrauch liegt jedoch in der Sache selbst. Sollte er vermieden werden, müßten die Politiker vorweg genau wissen, welche Unternehmen sich tatsächlich so verhalten werden, wie sich der Staat das wünscht, wenn er Subventionen gewährt. Aber welcher Subventionsspender könnte dieses Vorwissen haben? Der Staat macht als Ersatzunternehmer bekanntlich in praktisch allen Fällen eine schlechte Figur. So sind Mitnahmeeffekte etwas, was bei Subventionen in Kauf genommen werden muß.

Gewöhnungseffekte

Für weitaus bedenklicher muß man das halten, was man den Gewöhnungseffekt nennen kann. Damit ist nicht nur die wohlbekanntete Tatsache angesprochen, daß, hat die Politik in einem Fall oder in einer Branche erst einmal mit dem Subventionieren begonnen, es sehr schwer ist, damit wieder aufzuhören. Im Gegenteil, die Forderungen werden im Zeitverlauf eher noch steigen. Eine beliebte Begründung pflegt da die zwischenzeitliche Kostensteigerung zu sein. Und welche „Kosten“ steigen im Zeitverlauf nicht, die Lohnkosten jedenfalls dürften allemal gestiegen sein. „Wir rechnen die Kosten zusammen und damit hat sich's“, äußerte der Geschäftsführer eines hochsubventionierten Wirtschaftsbereichs in einem Hearing vor dem Haushaltsausschuß des Bundestages. Aber welche Art Unternehmenswirtschaft wäre das, wo schon der schiere Kostenanstieg in der Produktion Forderungen nach zusätzlichen öffentlichen Zuschüssen zu begründen vermöchte?

Mit dem Gewöhnungseffekt ist vor allem auch der Umstand gemeint, daß die gewährten Subventionen Schule machen; sie wirken ansteckend. Schon die Erwartung, daß es morgen Subventionen geben kann, wenn etwas schiefgeht, dürfte das unternehmerische Verhalten von heute beeinflussen. Oder soll man glauben, daß namentlich Großunternehmen, die auf ein paar tausend Arbeitsplätze verweisen können, dieses mögliche politische Druckmittel nicht bei ihren Risiken einkalkulieren?

Fragwürdige Erfolgsaussichten

Auch um die tatsächlichen Erfolgsaussichten des Subventionsinstruments ist es äußerst fragwürdig bestellt. Zunächst und vordergründig scheint es zu helfen. Aber von Glückstreffern abgesehen, pflegt es die eigentlichen unternehmerischen Schwierigkeiten nur hin-

auszuschieben statt sie zu lösen. Die Erfahrung spricht da eine deutliche Sprache. Entweder kommt es am Ende doch zum wirtschaftlichen Offenbarungseid, freilich mit verlorenen öffentlichen Mitteln, die sich dann als eine Sterbehilfe entpuppen, oder es müssen neue Mittel nachgeschoben werden, und die vermeintlich vorübergehende Hilfe wird zur staatlichen Dauerbeteiligung.

Dabei handelt es sich bei den Subventionen überwiegend auch noch um schiere Erhaltungssubventionen. Mit dem von Politikern durchweg reklamierten Ziel, über Subventionen Produktivität und Wachstum steigern und damit der längerfristigen Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft dienen zu wollen, ist es de facto nicht so weit her. Diesbezüglich verraten sich die regierungsamtlichen Subventionsberichte selbst: Im Bericht für 1982 etwa werden nur 16 % der den Unternehmen zufließenden Mittel als „Produktivitäts- und Wachstumshilfen“ ausgewiesen. Die Befürchtung ist da nicht weit, daß wir mit unseren Subventionen, was die wirtschaftliche Zukunft anbelangt, überwiegend auf das falsche Pferd setzen: Wir lenken die öffentlichen Mittel in abdriftende Technologien und Branchen und lassen die Innovationen und Pionierbereiche eher links liegen.

Transformation der Marktwirtschaft

Eine staatliche Dauerbeteiligung an den Unternehmensfinanzen kann jedoch nur Politiker unberührt lassen, die ohnehin mit der Marktwirtschaft auf Kriegsfuß stehen und in der anschwellenden Subventionsmasse ein willkommenes, weil besonders wirksames Mittel sehen, um die Wirtschaft unbemerkt, aber desto nachhaltiger unter die staatlichen Fittiche zu bringen. Auch über den so unschuldig anmutenden Weg der Subventionierung kann man nämlich die mancherorts angestrebte „Transformation der Marktwirtschaft“ befördern. Wohin man jedoch mit einer planerischen Investitionskontrolle und einer entsprechenden „vorausschauenden Strukturpolitik“ gelangt, läßt sich gut am Beispiel der nationalisierten und hochgradig subventionierten Industrien Österreichs studieren, das uns der ehemalige Finanzminister dieses Landes in schulmeisterlicher Manier auch noch als Vorbild für eine gelungene sozialistische Beschäftigungspolitik zu empfehlen beliebte. Da gibt es dann mittlerweile Berechnungen, die ergeben, daß es dem Fiskus jetzt fast billiger zu stehen käme, den Beschäftigten mancher Staatsbetriebe den vollen Lohn ohne Arbeit zu zahlen, als die Unternehmen weiter produzieren und Verluste machen zu lassen.

An dieser Stelle muß auch auf ein Faktum hingewiesen werden, das in der Subventionsdiskussion oft untergeht. Zumeist werden nur die Übertragungen des Staates an private Unternehmen kritisiert. Es ist aber dring-

lich, auch die Subventionen innerhalb der öffentlichen Wirtschaft ins rechte Licht zu rücken. Ihr Gewicht ist angesichts des Umfanges und der ungeordneten Zusammensetzung des öffentlichen Wirtschaftsvermögens auf allen Ebenen der Gebietskörperschaften nicht zu unterschätzen.

Subventionen bleiben ein Übel, und das auch dann, wenn die öffentlichen Kassen von Steuereingängen nur so überfließen. Es kann keine Rede davon sein, daß mit ihnen der Marktwirtschaft geholfen würde oder diese gar ohne Subventionen nicht auskäme. Der einzige theoretisch fundierte Fall von berechtigten Subventionszahlungen wären positive externe Effekte, die der Produzent nicht im Preis seiner Güter oder Dienste vergütet bekommt. Aber selbst dieser Fall ist keine echte Ausnahme; denn staatliche Ausgleichszahlungen wären hier keine Übertragungen ohne Gegenleistungen. Überdies ist bisher noch kein Fall bekannt geworden, daß sich die praktische Subventionspolitik auf solche positiven externen Effekte gestürzt hätte.

Scheinargumente

Daß die Marktwirtschaft des Subventionsinstruments aus Gründen konstitutioneller Mängel bedürfte, erscheint, in einer Art optischer Täuschung, nur Produzenten so, die Schiffbruch erlitten haben, oder auch Politikern, die auf jeden Fall als die Geber guter Gaben erscheinen wollen. Aber solche ökonomisch falschen Kompromisse, die angeblich das „System“ stützen sollen, hat die Bevölkerung noch immer teuer bezahlen müssen. Selbst die verteilungspolitischen Wirkungen lösen sich, bei Licht betrachtet, oft in Dunst auf. Muß man noch das Beispiel der Agrarsubventionen nennen? Industriearbeiter zahlen über Steuern und künstlich hohe Preise für landwirtschaftliche Unternehmer, und dabei kommen die Mittel im betroffenen Sektor auch noch immer mehr den Reichen als den Armen zugute. Man wird unterstützt, nicht weil man arm, sondern allein schon weil man Landwirt ist. Und am Ende der ganzen Veranstaltung stehen eine Übermechanisierung der Landwirtschaft und eine Überproduktion von Agrarprodukten, die niemand haben will, stehen zerrüttete Brüsseler Finanzen und eine Forderungshaltung der Agrarproduzenten und mehr noch ihrer Funktionäre, die keine Regierung mehr zu besiegen vermag.

Freilich ist damit zu rechnen, daß gegen die Subventionskritik schließlich das Argument des nationalen Interesses ins Feld geführt wird: Unser Land, so heißt es dann, müßte – koste es, was es wolle – doch einen Grundbestand an Agrar-, Stahl- oder Wertfproduktion vorhalten, um im Falle eines Falles von Importen unab-

hängig, also autark zu sein. Das Streben nach wirtschaftlicher Autarkie paßt vielleicht in „tausendjährige Reiche“ und zu den kommunistischen Wirtschaftssystemen, es ist aber ein Fremdkörper in einer Welt der internationalen Arbeitsteilung, des freien internationalen Austausches und gar von Wirtschaftsgemeinschaften. Wenn Autarkie das Ziel wäre, was sollten dann kleine Länder wie etwa die Beneluxstaaten machen?

Was eine Volkswirtschaft tatsächlich braucht und was sie im internationalen Kostenvergleich tatsächlich halbwegs passabel produzieren kann, das wird bei marktwirtschaftlicher Organisation auch produziert (und sei es wegen der durchweg hohen Transportkosten bei Importen). Unsere Landwirtschaft, unsere Stahl- und Wertindustrie würden ohne Dauersubventionen anders aussehen, gewiß. Aber verschwunden wären sie sicherlich nicht. Das, was ohne Subventionen vorhanden wäre, wäre wirtschaftlich gesund, also lebens- und konkurrenzfähig. Als Beispiel braucht nur an unsere Textilindustrie erinnert zu werden: Wie häufig wurde ihr früher schon der Exitus prognostiziert, falls ihr die öffentliche Hand nicht massiv unter die Arme griffe? Doch sie ist auch ohne Dauerhilfen immer noch vorhanden; sie steht heute recht gut da, wenn auch nach einigen strukturellen Anpassungen und einer Konzentration auf Produktionen mit spezifischen Kosten- bzw. Absatzvorteilen.

Ansatzpunkte eines Abbaus

Der erste Ansatzpunkt eines Subventionsabbaus ist, die politischen Subventionszusagen prinzipiell zeitlich zu begrenzen. Nur so hat man ein einigermaßen praktisches Kriterium, um die Spreu der bloßen Erhaltungssubvention vom Weizen einer möglichen Anpassungshilfe zu unterscheiden. Ist die Zeit abgelaufen, muß sich herausgestellt haben, ob die Subvention im gegebenen Fall ein halbwegs taugliches Hilfsinstrument war oder nicht. Das ist auch für die Aufklärungswirkung der offiziellen Subventionsberichterstattung entscheidend. Die Subventionsberichte, wie sie uns heute die Regierung vorlegt, beschränken sich ja auf eine bloße Auflistung der entsprechenden Haushaltsposten, und selbst diese Listen sind nicht über jeden Zweifel erhaben: Einerseits fehlen gewichtige Posten, und andererseits werden Dinge ausgewiesen, die sachlich nicht unter die Subventionen fallen. Viel wichtiger wäre jedoch die Information darüber, wie es um den Erfolg der getätigten Hilfen nach Ablauf der Frist steht. Darüber erfährt man jedoch praktisch nichts. Und so ist es denn auch kein Wunder, daß der demokratische Druck auf die Politik bislang nicht ausreicht, daß sie sich diesbezüglich endlich etwas besserte. Wenn es keine konkrete publizistische Erfolgskontrolle gibt, ist es den Subventionsbetreibern

eben leicht gemacht, mit ihrer Politik fortzufahren und darauf zu bauen, daß hinterher doch niemand öffentlichkeitswirksam nachprüft, was dabei an möglicher Verschwendung von Steuermitteln herausgekommen ist.

Zu einer vernünftigen Entziehungskur gehört auch ein strenges Repartitionsverfahren, das in jedem einzelnen Fall das maximale Subventionsvolumen für die gesamte Frist vorweg fixiert. Das mag bescheiden klingen, ist aber bedeutsam. Denn vielfach kultivieren die politischen Spender die Attitüde, den erstmaligen Ansatz im Haushaltsplan, bei dem es um den vor allen Dingen geschätzten publizistischen Ankündigungseffekt geht, relativ bescheiden zu halten, um dann die meist sehr viel stärkere Folgebelastung liebenswürdigerweise den nachfolgenden Parlamenten und Finanzministern zu überlassen, die dann ihrerseits glauben, die von den Vorgängern gemachten gesetzlichen Versprechen nicht einfach widerrufen zu können. So kommt es zu den aberwitzigen Open-end-Subventionen: Die potentiellen Empfänger bestimmen, so paradox das zunächst erscheinen mag, schließlich über das tatsächlich am Ende eingesetzte Subventionsvolumen dadurch selbst, daß sie die erforderlichen Förderungsmerkmale bei sich herbeizuführen bestrebt sind. Dagegen kann nur ein vorweg bestimmtes und im Haushalt ausgewiesenes Gesamtvolumen, das die Regierung für diesen Zweck maximal einzusetzen bereit ist, Paroli bieten.

Unerläßliche Bedingungen

Der Form nach verdienen, wenn denn überhaupt subventioniert werden soll, Kredite bzw. Bürgschaften den Vorzug vor verlorenen Zuschüssen; denn das Zurückzahlenmüssen kann eine durchaus ernüchternde Wirkung haben. Und im übrigen sind steuerliche Vergünstigungen solchen auf der Ausgabenseite des Budgets vorzuziehen. Denn solange es keine Negativsteuern gibt, setzen steuerliche Nachlässe wenigstens in einem gewissen Umfang einen eigenen Verdienst des Subventionsempfängers voraus.

Das gilt auch für die längerfristige Innovationsförderung und ähnliche Maßnahmen. Objektsubventionen müssen hier, schon aus wettbewerbspolitischen Gründen, die Ausnahme sein. Die saubere marktwirtschaftliche Lösung liegt in allgemein geltenden Steuerermäßigungen, die unabhängig von der Unternehmensgröße jedermann einen entsprechenden Anreiz bieten.

Wenn gefährdeten Unternehmen aus akuten und möglicherweise auch noch regional hervorstechenden beschäftigungspolitischen Gründen tatsächlich eine letzte Chance des Gesundheitschumpfens von Staats wegen eingeräumt werden soll, dann darf es nicht allein bei

den Opfern der Steuerzahler bleiben. Vielmehr muß die Subvention an die Bedingung geknüpft sein, daß die Betriebszugehörigen (einschließlich des Managements) auch ihrerseits einen entsprechenden Beitrag zur Erhaltung ihrer Arbeitsplätze leisten, etwa indem sie auf das 13. Gehalt, auf bisherige betriebliche Sozialleistungen verzichten oder einen Lohnanteil im Unternehmen als Kapitalbeteiligung stehen lassen. Auch solche Subventionsbedingungen sind geeignet, in vorteilhafter Weise die Situation zu klären.

Vorzüge einer Privatisierung

Was die Subventionitis innerhalb des öffentlichen Sektors betrifft, so besteht das wichtigste Heilmittel in einer rigorosen Privatisierung des staatlichen Wirtschaftsvermögens und der staatlichen Wirtschaftstätigkeit, wo immer das technisch nur möglich erscheint. Die Bedenken, die dagegen vorgebracht zu werden pflegen, sind regelmäßig nichts als politische und ideologische Schutzbehauptungen. Wenn zum Beispiel gesagt wird, die Privatisierungsforderung liefe darauf hinaus, die Rosinen aus dem Kuchen des öffentlichen Wirtschaftsvermögens herauszupicken, so kann die Antwort nur lauten, daß sich die Staatstätigkeit überhaupt nicht für wirtschaftliche Rosinen, sondern lediglich für den Teil des Kuchens zu interessieren hat, den zwar alle haben wollen, den aber sonst niemand backen würde

(vgl. § 65 der Bundeshaushaltsordnung). Und dieser Teil ist dem Umfang nach sehr begrenzt. Eine süddeutsche Kommune zum Beispiel hat jetzt selbst eine Talssperre mit Erfolg privatisieren können. Und die britische Regierung exerziert gerade vor, daß selbst notleidende öffentliche Betriebe durchaus ihre Käufer finden können.

Übrigens schlägt man mit einer klug eingesetzten Privatisierungsmaßnahme drei Fliegen mit einer Klappe: Der Staat kann dauerhaft erhebliche Subventionsmittel sparen; die Produktion wird in privater Hand regelmäßig effizienter; und last not least erhält der Finanzminister mit den Erlösen aus dem Vermögensverkauf dringend notwendige Mittel, um die Staatsschuld, einschließlich der Zinsbelastung, abzusenken.

Schließlich sollte auch etwas gezielt für junge Technologieunternehmen und mittelständische Betriebe, die expandieren wollen, getan werden. Die Briten haben zum Beispiel mit dem „Unlisted Securities Market“, also einer Art zweiten Aktienmarkt, erstaunlich gute Erfahrungen gemacht. Etwas Ähnliches könnte auch unsere Regierung in der Risikokapitalförderung tun. Das ist gewiß erfolgversprechender, als wie gebannt immer nur die „aging economy“ im Visier zu haben. Etwas Mut und politische Phantasie erfordert die Entziehungskur von der Kostgängerschaft beim subventionierenden Staat freilich schon.

Staatliche Projektförderung zur Entwicklung technischer Spitzenprodukte?

Manfred Weilepp, Hamburg

Die Vergabe von Subventionen in Form von direkten Finanzhilfen und Steuervergünstigungen gehört, auch in einer marktwirtschaftlich orientierten Wirtschaftsordnung wie in der Bundesrepublik, seit jeher zum Instrumentarium der Wirtschaftspolitik. In den letzten Jahren sind die Subventionen, die sich seit 1970 weit mehr als verdoppelt haben, im Zusammenhang mit der öffentlichen Finanzmittelknappheit und den notwendigen Sparmaßnahmen jedoch immer stärker in die öffentliche Kritik geraten. Weitgehend verschont von die-

ser Kritik blieben, jedenfalls was die Höhe betrifft, die Ausgaben für die Förderung von Forschung und Entwicklung. Diese wird allgemein als eine vordringliche Aufgabe der Strukturpolitik angesehen, da die Entwicklung und Verwendung von Spitzentechnologien von entscheidender Bedeutung für die Erhaltung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit unserer stark außenhandelsabhängigen Volkswirtschaft ist.

In der Tat weist der zunehmende Wettbewerbsdruck, dem sich die hochentwickelten Industrieländer mit einem hohen Lohnniveau in Bereichen lohnkostenintensiver Produktionen mit einfacher Technologie von seiten der weniger entwickelten Länder mit einem niedrigen Lohnniveau – insbesondere der Schwellenländer Süd-

Dr. Manfred Weilepp, 40, leitet die Forschungsgruppe Grundsätze der Struktur- und Ordnungspolitik im HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung-Hamburg.